

Agenda Bürgerbegehren „Neue Wege in Jena“ zweistufig

Agenda Bürgerbegehren Stufe 1:

Wie wär's mal mit ...

- mehr Wohnungsangebot?
- einem optimierten öffentlichen Nahverkehr?
- einer städtischen Gesundheitskasse, die ausschließlich dem Wohl der Menschen dient?
- leckeren regionalen Lebensmitteln?
- einer sachwertbasierten städtischen Rentenkasse?
- einem Schulkonzept, daß die Neugier und Selbstbestimmung der Schüler fördert und die Schulzeit verkürzt?
- einer Eltern- und Erwachsenenschule?
- einer kostenfreien Musikschule?
- einer zinslos arbeitenden städtischen Sparkasse?
- einem regionalen städtischen Zahlungsmittel um die Probleme des zinsbehafteten Schuldgeldes zu beseitigen?
- einer schuldenfreien Stadt?
- einer städtischen Anlage zur katalytisch drucklosen Verölung zwecks Kraftstoffherstellung und gemeindeeigenen Tankstellen?
- einer Förderung von freien Hebammen?
- einem eigenen Forschungszentrum in einer Schule?
- der Umwandlung des Eichplatzes in einen Platz zur Förderung des Gemeinschaftslebens?
- Auflagen zur Verwendung von Mehrwegverpackungen?
- der Schaffung eines eigenen Rundfunksenders und einer Zeitung zur umfassenden und wahrheitsgetreuen Information?
- mehr Transparenz?
- mehr Wahrhaftigkeit?

Agenda Bürgerbegehren Stufe 2:

- einem Gesundheitswesen, welches am Menschen und seiner Gesundheit echtes Interesse hat?
- Steuerfreiheit für Unternehmer und Privatpersonen?
- mehr Freizeit für Familie, Freunde, persönliche Weiterentwicklung?
- mehr Fülle?
- weniger Zwängen?
- sicheren Arbeitsplätzen?
- langlebigen Produkten ohne Sollbruchstellen?
- einem Hackschnitzelkraftwerk zur Strom- u. Wärmeerzeugung?
- einer Erweiterung der Bibliothek und Aussortierung von erwiesenen fehlerhaftem, unwahrem und überholtem Wissen?
- weniger aufgeblähter Bürokratie?
- einer Vereinfachung des Rechts, d.h. ein Rechtssystem bei dem die Gerechtigkeit an erster Stelle steht?

Vortrag „Erfülltes Leben in einer erneuerten Region“ unter <http://infodijo.info/vortrag>

Ergebnisübersicht

1. Programmteil:

Die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in Jena bewirkt, daß jährlich folgende Mittel erwirtschaftet werden können:

Stadteigene Gesundheitskasse mit jährlichem Überschuß von 223 Mio. €

Stadteigene Rentenkasse mit jährlichem Überschuß von 304 Mio. €

	% der	Gewerbsteuer	
Steuern (umweltschädliche Betriebe):	10	63	6 Mio. €

zusätzliche Einnahmen pro Jahr: 533 Mio. €

2. Programmteil:

Stadteigene Tankstellen mit jährlichem Überschuß von ?

Zum Vergleich: Gesamte Ausgaben Stadt Jena = 292 Mio. pro Jahr.

Ohne die Steuereinnahmen der Stadt von jährlich	112	Mio EUR mitzurechnen!
--	------------	------------------------------

Rechnet man diese hinzu, was ja zur Förderung des Umbaus nicht stattfinden würde, ergibt sich eine

Einnahmensituation v. 533 Mio + 112 Mio = 645 Mio EUR / J

s. Übersicht „Städt. Steuereinnahmen“

Dazu kommen:

- Überschüsse Landwirtschaft
- Überschüsse Forstwirtschaft
- Überschüsse Energiewirtschaft
- Überschüsse Wasser- und Abwasserwirtschaft
- Überschüsse weiterer Zweckbetriebe

Entschuldung der Stadt durch

einmalig (vorsichtig geschätzt)

Tausch von 10 % der Ersparnisse in städt. Zahlungsmittel: 48 Mio. €

Vorteile des regionalen Zahlungsmittels „Jenataler“ s. Beiblatt

Mit den **Arbeitslosen** steht eine bereits bezahlte Arbeitskraft von 1024 Vollzeitbeschäftigten zur Verfügung, mit denen neue Projekte in der Stadt umgesetzt werden, wobei jeder Einzelne dabei nur 10 h pro Woche arbeiten würde.

Umstellungen:

- Die stadteigene Gesundheitskasse wird die einzige Pflichtversicherung für Gesundheit;
- Die stadteigene Rentenkasse wird die einzige Rentenkasse;
- Alle Menschen und Firmen erhalten ein kostenfreies Jenataler-Konto bei der Sparkasse;
- Arbeitsbeschaffungsprogramme werden gestartet um Beschäftigung für alle zu ermöglichen;
- Die Schulen erhalten neue Richtlinien, Kindergärten ebenso; Umstellungsunwillige werden aus dem Bildungsbereich entlassen und in anderen Bereichen eingesetzt;
- Einige Produktbeschränkungen werden eingeführt: f. umweltschädliche/moralisch verwerfliche Produkte

Gesundheitsabsicherung (GA)

<u>Arbeitnehmer</u>	65.000	pro Person
Bruttogehalt	2.792 € pro Monat =	33.500 € pro Jahr
Beitrag GA	14,0%	4.690 € pro Jahr
abzgl. Kosten GA	30% d. Beitrages=	117 € pro Monat
Z-Summe Überschuß GA	213 Mio. € / Jahr	
<u>Selbständige</u>	4.700	
Beitrag GA	250 €	3.000 € pro Jahr
abzgl. Kosten GA	30 % d. Beitrages=	75 €
Z-Summe Überschuß GA	10 Mio. € / Jahr	
Summe Überschuß GA	223 Mio. € / Jahr	

Weitere Einsparungen, die noch nicht berücksichtigt sind:

- kostenfreie Programme zur Förderung der Gesundheit bewirken eine Verbesserung der Volksgesundheit
- Führung des städtischen Gesundheitshauses durch besser geschulte Mitarbeiter

Rentenabsicherung (RA)

Beitrag Rentenabsicherung (RA)	18,0%	6.030 € pro Person u. Jahr
Einnahmen RA	392 Mio. € / Jahr	

Rücklage Rentenzahlg. Männer Folgejahr:	7,9 Mio. €	angehende Rentner: 620	Rente Männer: /J 12.768 €
Rücklage Rentenzahlg. Frauen Folgejahr:	7,5 Mio. €	angehende Rentnerinnen: 644	Rente Frauen: /J 11.616 €
		Summe Rentner die jährlich in Rente gehen: 1264	

Berechnung Rücklage Wohnungsbau			
Bewohner=	2	pro Whg.	
Whg.-größe:	48	m ²	
Baukosten:	1.200 €	pro m ²	
Wohnungsbedarf Rentner:	632	pro Jahr zum preiswerten Wohnen im Alter	
Rücklage Whgsbau/Sachwertschaffung	36 Mio. € / Jahr	9 %	

Summe Rücklagen RA	52 Mio. € / Jahr
Summe Überschuß RA	304 Mio. € / Jahr
Summe Überschüsse aus Sozialkassen	527 Mio. € / Jahr

Aus der Statistik:			60-65 jährige
Rentner (ü 60 jährige)	28066	[%]	5.024
Männer 65-	9838	42,7	2.145 *)
durschn Rente Thüringen Männer	12.768 € pro Jahr		
Frauen 65-	13204	57,3	2.879 *)
durschn Rente Thüringen Frauen	11.616 € pro Jahr		
Ausgaben RA	339.819.123 €	zahlt der BUND weiter!	

*) Stand 31.12.2016, n. Thür. Landesamt f. Statistik

Vermögenssituation in Jena / Entschuldung der Stadt / Infrastruktur schaffen

Geldvermögen der Deutschen (2007) lt. Studie 2007 3.227.400.000.000 EUR (3,23 Billionen)

Einwohner Jena, über 17 Jahre: 90.349

Geldvermögen / Person, Median <u>ärmere Hälfte d. Bev.</u> , „neue“ BL	10.700	EUR
2. Geldvermögen in Jena (mit hoher Wahrscheinlichkeit)	967	Mio. €
die Hälfte davon	483	Mio. €

Schulden Stadt Jena (Sep. 2017) lt. Quartalsber. Komm. Finanzen III/2017 S. 66	22,3	Mio. €
Schulden pro Person	247	EUR

Umtausch in Städtisches Zahlungsmittel von		
10	% =	48 Mio. €
abzgl. Schulden s. Übersicht		22 Mio. €
Betrag der für Infrastrukturprojekte zur Verfügung steht:		26 Mio. €

.==>> Bsp.: Wechseln die Jenaer Bürger
 Jenataler, fließen der Stadt zusätzlich rund
 Damit kann die Stadt schuldenfrei werden und wunderbare Infrastrukturprojekte umsetzen.
 Die Bürger von Jena erleidern dadurch keinen Verlust, weil sie mit dem Jenataler in den Zweckbetrieben einkaufen und auch andere kommunale Gebühren entrichten können.

10 % ihrer Ersparnisse in den
 26 Mio. EUR zu.

Quelle: Böckler Impuls 1/2009
 Quelle: Joachim R. Frick und Markus M. Grabka: Gestiegene

Grunddaten

	Über 17		
Einwohner	105.282	90.349	Stand 2013
Gesamtausgaben Jenaer Haushalt	292	Mio €	s. Übersicht

Arbeitnehmer	65.000	Stand 2017
geringfügig Beschäftigte	7.256	
Arbeitslose SGB III (Arbeitslosengeld)	889	
Arbeitslose SGB II (Hartz 4)	3.206	
Summe Arbeitslose	4095	
Rentner (ü 60 jährige)	28.066	Stand 2013, Q: „Jena Bevölkerungsprognose 2014“, S. 8
Selbständige	4.700	Stand 2013
Unternehmer	2.615	

Einsatz von Arbeitslosen

Ausgewählte Merkmale

Stand: -

Arbeitnehmer gesamt: 65000

Arbeitslose SGB III (ALG I) 889

Arbeitslose SGB II (ALG II) 3206

Arbeitslose insgesamt 4095

Arbeitslosenquote insgesamt 6,3%

Gemeldete Arbeitsstellen ?

Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) 7256

Unterbeschäftigungsquote 11,2%

Arbeitsstunden pro Woche je Person h

Arbeitsstunden pro Woche, alle Alo 40950 h

vergleichbar mit Vollzeitkräften (40 h-Woche) 1024 Vollzeitkräften

Durch eine kürzere Arbeitszeit würden mehr Leute in Arbeit kommen.

Einnahmen Tankstellen

PKW in D (Stand 1/2014)	43.900.000	0,75	kg/l	bei Benzin
Anteil Einwohner / 82,5 Mio	0,13%			
PKW in Jena	56.008			
Verbrauch 2016				
Ottokraftstoff	1,706E+10	1,2797E+10	kg	l
Diesekraftstoff	3,575E+10	2,6814E+10	kg	l
Summe	5,281E+10	3,9610E+10	kg	l

	.=>In Jena	5,054E+07 l	50,5 Mio l
Preis je l	0,61		
Preis je l	0,61	Verdünnungsfaktor:	1
		Verfahren durch Verwirbelung m. H2O strecken	
Preis inkl. Tankstellenpächter	0,63		
Verkaufspreis	1,15	EUR/l	
Marge je l	0,52	EUR/l	
Ertrag Jena	26.465.289	EUR	

Tanktourismus Umland	
zusätzliche Liter	50.535.209 l
Ertrag Tanktourismus	26.465.289 EUR

Ertrag gesamt **52.930.578 EUR** 53 Mio €

Zusammensetzung Benzinpreis

Steuern+Abg. Ölstaaten	0,3750 €		
Deckungsbeitrag	0,1073 €		
Ölfirmen, Tankstellen	0,1440 €		
MinÖlsteuer	0,6545 €	0,4704 €	
Z-Summe	1,2808 €	1,0967 €	
MWSt	0,2433 €	0,2084 €	0,8978 €
Summe	1,5241 €	1,3050 €	

Nach Umstellung

Steuern+Abg. Ölstaaten	0,3750 €		
Deckungsbeitrag	0,1073 €		
Ölfirmen	0,1240 €		
MinÖlsteuer	0,0000 €	0,0000 €	
Z-Summe	0,6063 €	0,6063 €	
MWSt	0,0000 €	0,0000 €	0,0000 €
Summe	0,6063 €	0,6063 €	
Einsparung	0,92 €/l		

Quelle: International Energy Agency (IEA): Energy Statistics Division 09/2013, Key World Energy Statistics 2010, © OECD/IEA
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, www.bpb.de

16. Kommunale Finanzen

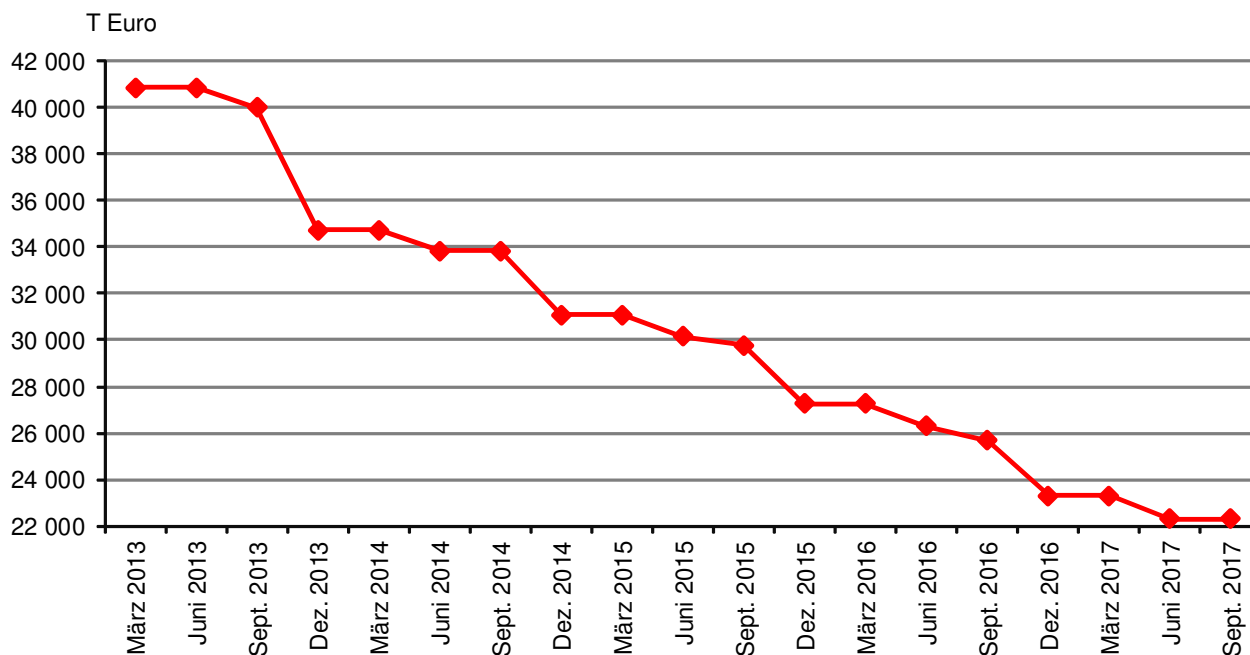
16.1. Städtische Steuereinnahmen

(Quelle: Fachdienst Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung)

	2017	2016	
		III. Quartal	Jahr
	1 000 €		
Steuereinnahmen insgesamt (brutto)	19 045	21 395	75 051
davon:			
Grundsteuer A und B	3 322	3 267	11 353
Gewerbesteuer	15 514	17 938	63 156
Andere Steuern	209	190	541
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	8 159	7 570	35 219
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1 954	1 561	6 779
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	1 353	1 050	5 106
Steuereinnahmen (netto)	27 805	29 476	111 943
Schuldenstand (Quartalsende, fortgeschrieben)	22 310	25 673	23 310

Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen

Schuldenstand der Stadt Jena



16.2. Ausgewählte kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen

(Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik)

	2017		2016			
	1.1. - 30.9.		Jahr			
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner
	1 000 €	€	1 000 €	€	1 000 €	€
Ausgaben						
Personalausgaben	43 819	400	43 430	402	63 875	583
laufender Sachaufwand	51 408	470	50 081	463	69 620	636
Zinsausgaben	299	3	454	4	1 049	10
laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	110 217	1 007	106 105	981	149 053	1 361
Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	205 743	1 880	200 071	1 850	283 597	2 589
Sachinvestitionen	4 117	38	4 208	39	7 284	67
darunter: Baumaßnahmen	--	--	--	--	--	--
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	--	--	32	0	32	0
Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	4 393	40	4 272	40	12 359	113
Bruttoausgaben insgesamt ¹⁾	210 136	1 920	204 343	1 890	295 956	2 702
abzüglich Zahlungen von Gemeinden/GV	2 807	26	838	8	3 912	36
Gesamtausgaben ¹⁾	207 329	1 894	203 505	1 882	292 044	2 666
Saldo (Finanzierungsüberschuss)	--	--	--	--	--	--
Einnahmen						
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	76 553	699	73 709	682	111 943	1 022
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	21 643	198	21 745	201	31 547	288
Zinseinnahmen und Schuldendiensthilfen	123	1	86	1	133	1
laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	96 833	885	94 102	870	134 989	1 232
darunter: Schlüsselzuweisungen	39 106	357	39 911	369	53 214	486
Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	195 153	1 783	189 642	1 754	278 612	2 544
Veräußerung von Vermögen	294	3	1	0	37	0
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	1 833	17	1 693	16	3 543	32
Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	2 405	22	1 844	17	3 866	35
Bruttoeinnahmen insgesamt ¹⁾	197 558	1 805	191 487	1 771	282 478	2 579
abzüglich Zahlungen von Gemeinden/GV	2 807	26	838	8	3 912	36
Gesamteinnahmen ¹⁾	194 751	1 779	190 649	1 763	278 566	2 543
Saldo (Finanzierungsdefizit)	12 578	115	12 856	119	13 478	123

¹⁾ ohne besondere Finanzierungsvorgänge

Gesetzes-Grundlagen für eine neue Wege in Jena:

Thüringer Gemeindeordnung

§ 1

„Begriff, Rechtsstellung und Aufgaben

(2) Die Gemeinden sind Gebietskörperschaften mit dem Recht, die örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung im Rahmen der Gesetze zur Förderung des Wohls ihrer Einwohner zu verwalten.“

Grundgesetz Artikel 23

„(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist (...)“

"Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass eine Aufgabe möglichst von der kleinsten ‚zuständigen‘ Einheit übernommen werden soll. Übergeordnete Einheiten sollen nur dann eingreifen, wenn die unteren Einheiten es nicht können." (Wirtschaftslexikon auf: wirtschaftundschule.de)

In Europa gilt das Subsidiaritätsprinzip. Gemäß Art. 23 des Grundgesetzes ist dieses Prinzip in der Bundesrepublik in Deutschland verpflichtend zu achten. Das bedeutet, daß jede Gemeinde autonom ihre eigene Ordnung in einer Hauptsatzung oder Gemeindeverfassung festlegen und alle hoheitlichen Tätigkeiten in eigener Verantwortung ausführen kann. Dabei ist es unzulässig, die Gemeinde in ihrer Tätigkeit einzuschränken, wenn sie selbständig in allen Bereichen die Belange ihrer Einwohner zu regeln und zu leisten imstande ist.

Grundgesetz Artikel 28 Abs. 2:

*"(2) Den Gemeinden **muß** das Recht gewährleistet sein, **alle** Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze **in eigener Verantwortung** zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze **das Recht der Selbstverwaltung**. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung **umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung**; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle."*

Weitere Gesetze findet man auf der Webseite:

<http://koenigreichdeutschland.org/de/gemeindewechsel.html>

Vorteile eines regionalen Zahlungsmittels „Jenataler“

- Nachhaltige Ausbildung und Arbeit in der Region statt Arbeitsplatzabbau. Durch sich entwickelnde Strukturen entstehen interessante Arbeitsaufgaben in allen Bereichen.
- Hohe Qualität von Produkten und Dienstleistungen statt Sollbruchstellen. Da die Werte wieder vor Ort entstehen, kennen sich Anbieter und Nutzer; daraus entwickelt sich wieder Vertrauen.
- Nachhaltigkeit der regionalen Entwicklung statt Wachstum um jeden Preis.
- Sinnvolles Handeln statt Lebensraumzerstörung. Der Bedarf ergibt sich aus den Notwendigkeiten für unsere Welt: Gelebte Eigenverantwortung, Einfachheit, Wahrheit und Liebe.
- Kooperation statt Konkurrenzkampf. Durch die wachsenden Aufgaben entsteht Vielfalt, die in sich einzigartig ist.
- Der Austausch von Waren und Dienstleistungen ist steuerfrei. Dies führt zu einer Preissenkung und Entlastung der Menschen.

Was können Sie tun?

Die unten aufgeführten Angebote sind längst nicht alle Möglichkeiten. Gern können Sie auch eigene Angebote einbringen.

1. Unterschriftenlisten ausdrucken und selbst Unterschriften für das Bürgerbegehren sammeln.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über das Bürgerbegehren. Sammeln Sie mit uns gemeinsam die erforderlichen Unterschriften (Anzahl s. § 26 Kommunalverfassungsgesetz LSA) ein. Informationen erhalten Sie unter: [eigene Website ergänzen]. Sie wollen Unterschriften sammeln? Tragen Sie sich auf dem Formular hinten ein.

2. Organisieren Sie mit uns gemeinsam eine Einwohnerversammlung in Ihrer Stadt oder Gemeinde und laden Sie einen Vortragsredner von uns in Ihre Stadt oder Gemeinde ein, organisieren Sie die Räumlichkeit und honorieren Sie die Leistung des Vortragsredners.

Wir klären Sie über die legale Möglichkeit der Abschaffung der Regierungszuständigkeit in Ihrer Stadt oder Gemeinde auf. Suchen Sie sich eine möglichst kostenfreie Räumlichkeit (z.B. ein Vereinszimmer, in einem größeren Restaurant, in einem Bürgerhaus usw.), machen Sie die Veranstaltung bekannt (verteilen Sie Plakate, Flyer und E-Mails in Ihrer Gemeinde, kontaktieren Sie örtliche Vereine, Interessengruppen, Gewerbeverbände usw.). Nehmen Sie zur Deckung der Unkosten etwa 10 – 20 Euro für den Vortragsabend. Stellen Sie auch eine Spendenbox auf. Laden Sie einen Vortragsredner von uns ein. Er klärt Sie über alles Wissenswerte auf, beantwortet die Fragen der Teilnehmer und hilft bei der Initiierung eines Bürgerentscheides. Kosten für den Vortragsredner: Fahrtkosten innerhalb des eigenen und angrenzenden Bundeslandes des Vortragsredners - 200 Euro. Für eine weite Anfahrt 250 Euro (ab dem übernächsten Bundesland). Bei mehr als 20 Teilnehmern erhält der Vortragende als Aufwandentschädigung 7 Euro für jeden Vortragsteilnehmer.

3. Kommen Sie nach Wittenberg zu einer Aufklärungsveranstaltung von uns.

Hier in Wittenberg, dem Ort der Reformation, können Sie sich umfassend über die neue Reformation informieren. Wir halten dazu regelmäßig Vorträge ab. Erfahren auch Sie den legalen Weg aus der Bevormundung durch die Regierungen, der Banken, Konzerne und anderer Strukturen in die Freiheit.

4. Machen Sie die Selbstverwaltung und die Ablösung von den Regierungen zu einem Diskussionsthema im Stadtrat.

Setzen Sie als Stadtrat das Thema "Selbstverwaltung" und vor allen auch "die Ablösung von den Regierungen" auf die Tagesordnung. Lassen Sie sich nicht abweisen! Hört man Ihnen nicht zu, dann initiieren Sie einen Einwohnerantrag (s. § 25 Kommunalverfassungsgesetz LSA, oder auch zu finden in den Gemeindeordnungen der jeweiligen Länder). Das können Sie auch, wenn Sie kein Mitglied des Stadt- oder Gemeinderates sind. Informieren Sie sich vorher auf der Internetseite: <http://koenigreichdeutschland.org/de/gemeindewechsel.html>

5. Sprechen Sie mit Ihrem Bürgermeister über den legalen Ausstieg aus der Besatzungsverwaltung und hinein in die Freiheit der Selbstverwaltung und dem damit verbundenen Wohlstand für alle.

Lassen Sie sich einen Termin bei Ihrem Bürgermeister geben und bitten Sie ihn, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Fragen Sie immer wieder nach, bis Sie eine ehrliche und tiefe Auseinandersetzung mit dem Thema erkennen. Ermutigen Sie auch andere Menschen in Ihrer Gemeinde oder Stadt in dieser Sache zum Bürgermeister zu gehen. Informieren Sie sich vorher auf der Internetseite: <http://koenigreichdeutschland.org/de/gemeindewechsel.html>

6. Stellen Sie Fragen bei jeder Bürgerfragestunde im Stadtrat, in den Ausschüssen und thematisieren Sie immer wieder die Selbstverwaltung und vor allem die Ablösung von den Regierungen.

Als Einwohner haben Sie das Recht, vor den Stadt- oder Gemeinderäten Fragen zu stellen. Diese sollen Ihnen beantwortet werden. Drängen Sie auf die Beantwortung!

Fragen sollten sein:

- Ist dem Stadtrat die Selbstverwaltung und die Ablösbarkeit der Stadt/Gemeinde von der Regierung gemäß Art. 28 Grundgesetz bekannt, welcher auch im vierten Verfassungsgrundsatz im Strafgesetzbuch im § 92 formuliert ist?
- Was hat die Stadt-/Gemeindeführung bisher getan, um ihre grundgesetzlich garantierten Selbstverwaltungsrechte vollumfänglich und losgelöst in Anspruch zu nehmen?
- Warum kommen die Stadträte ihrem Auftrag, das Wohl der Einwohner zu fördern, nicht umfänglich nach, indem sie sich von den kriminellen Machenschaften der Regierenden lösen?
- Warum schafft die Stadt-/Gemeindevverwaltung keine öffentlich-rechtlichen Kassen in den Bereichen Gesundheit und Rente, damit diese Mittel nicht mehr aus der Gemeinde abfließen?
- Warum schafft die Stadt/Gemeinde nicht gemeindeeigene öffentlich-rechtliche Gemeindebetriebe, um allen Arbeitslosen eine Arbeit zu beschaffen?
- Warum sucht die Gemeinde-/Stadtführung nicht andere und neue Wege aus den finanziellen Abhängigkeiten und der Verschuldung?
- Warum werden die Lasten auf die Bürger durch die Gemeindeführung/Stadtführung beständig erhöht und nicht durch gemeindliche/städtische Maßnahmen gesenkt?
- Warum paktiert die Gemeindeführung mit den kriminellen Elementen in der Regierung?
- Warum läßt es die Stadtführung/Gemeindeführung zu, daß der größte Teil der ganzen Mittel, die die Menschen dieser Stadt/Gemeinde erarbeiten und erwirtschaften, aus unserer Gemeinde abfließen?
- Ist die Stadtführung bereit, konsequente Wege zu gehen, damit die von den Bürgern erarbeiteten Mittel nicht weiter aus der Stadt/Gemeinde abfließen und immer mehr zweckentfremdet werden?
- Würde die Stadtführung/Gemeindeführung Neuwahlen anstreben wollen, wenn sich keine Mehrheit im Stadtrat/Gemeinderat findet, die wieder das Wohl ihrer Einwohner im ersten Sinn hat?
- Warum machen Sie in der in der Gemeinde (/in der Stadt) keine bessere Familienpolitik um die Abwanderung aus der Gemeinde und die Überalterung der Gemeinschaft hier zu stoppen?
- Warum schaffen Sie als Stadt-/Gemeindeführung nicht genug Arbeitsplätze, so daß alle Arbeitswilligen eine sinnvolle Vollbeschäftigung erhalten können?
- Was für Ausreden haben Sie als Kommunalpolitiker, für die desolate Haushaltslage?
- Wie gedenken Sie diese zu verbessern?
- Wie wollen Sie sich vom Tropf höhergeordneter Finanzzuweisungen befreien und trotzdem alle Angelegenheiten der Einwohner der örtlichen Gemeinde regeln und durchführen?
- Wenn Sie keine klaren Vorstellungen von den Bedürfnissen der Bürger, wenn Sie keine klaren Vorstellungen zur Finanzierung einer besseren Familienpolitik, keine Vorstellungen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, der Abwanderung, der Überalterung usw. haben, warum machen Sie dann so weiter wie bisher, treten nicht ab und überlassen das Feld kompetenten Mitmenschen?
- Möchte sich die Stadtführung/Gemeindeführung mit konkreten Wegen in die Freiheit und Selbstbestimmung auseinandersetzen um das Wohl der Einwohner auch tatsächlich zu fördern?
- Wie gedenken Sie, eine Asylgesetz konforme Politik in unserer Stadt/Gemeinde umzusetzen?

Der Fragen könnten noch viele gestellt werden. Sorgen Sie dafür, daß schon erst einmal diese Fragen kompetent und gehaltvoll beantwortet werden.

